

Hochheimer Stadtanzeiger

Amthliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassanischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telephon 41.

Redakteur: Paul Jorßick, Viebrich a. Rh.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinspalt oder deren Raum 75 A,
Reklamespalt 250 A.

Bezugspreis: monatlich 250 A einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler norm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh.

Samstag, den 23 Juli 1921.

Postfach 10114
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15 Jahrgang

Nr. 83

Amthlicher Teil.

Nr. 381.
H. C. A. T. R.
Landkreis Wiesbaden.
Nr. 2125/1.

den Herrn Landrat Wiesbaden.

Ich habe die Ehre, Ihnen die vorliegende Be-
lammung zu übersenden.
Es scheint, daß die gelehrtsten Strassen den
Reisenden nicht genügend bekannt sind, welche un-
terhalb der Strasse andere Wege benutzen, um in das
besagte Gebiet einzutreten oder es zu verlassen und
sich so den damit verbundenen Gefahren aussetzen,
wie bei jeder Unachtsamkeit, welche in Sol-
lagen begangen werden.

Ich habe die Ehre, Ihnen die Liste der ge-
lehrten, vorgeschriebenen Strassen, welche der Be-
lammung unterliegen, zu übersenden:

Von Frankfurt nach Höchst (Reisebüro).
Von Frankfurt nach Sossenheim und von
Frankfurt nach Cronberg über Radeheim (Büro im
Schloß in Radeheim).

Von Odenwald nach Königheim (Büro in
Königheim).

Von Limburg-Lamberg nach Königheim (Büro
in Wiesbaden).

Von Krieger nach Neuhof (Büro Hühner-
Krieger in Wiesbaden).

Von Limburg nach Diez (Büro in Freuden-
berg).

Von Stoppel nach Diez über Sall (Büro in
Sall).

Von Staffel nach Montabaur (Büro in Geor-
genhausen).

Von Hehen-Heiden nach Selters und von
Selters nach Selters (Büro in Selters).

Die Strasse von Selters nach Nieder-
berg wird außerdem vorläufig als gelegentlich vor-
geschriebene Strasse betrachtet unter dem ausdrück-
lichen Vorbehalt, daß die Vollstreckung vorläufig
in einem Solldaturn erfüllt worden sind.

Wiesbaden, den 15. Juli 1921.
(H. C.) gez. Wimpfen.

Wird hiermit zwecks genauer Beachtung be-
kannt gemacht.
Wiesbaden, den 18. Juli 1921.
Der Landrat. J. B. Bieker.

Nr. 382.

Befehl.

Der Kommandierende General der Armee
bringt in Erinnerung, daß gemäß früherer Verord-
nungen und laut Artikel 28 der Verfassung Nr. 2
der Interalliierten Rheinlandkommission in den be-
trifft Gebieten, es den Schenkungen streng ver-
boten ist, an die Soldaten aller Grade der franzö-
sischen Besatzungstruppen Alkohol, Vitore oder ge-
istige oder betäubende Substanzen zu verkaufen oder
unentgeltlich abzugeben.

Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Getränke
mit alkoholischer Basis, wie Malaga, Portwein,
Grogg, Punsch etc., aber nicht auf Wein, Apfel-
wein und Bier.

Indessen, mit Rücksicht auf die vielen Fälle von
Trunkenheit, die bei der Eingeborenen-Truppe ge-
machtet werden, wird der Verkauf von Wein an alle
Soldaten afrikanischer Abkunft in der ganzen fran-
zösischen Besatzungszone untersagt.

Die Befehlsstelle, die gegen den obigen Befehl
verstößt, werden vor die einfachen Polizei-
gerichte gebracht werden, die zuständig sind durch
die Anwendung des Artikels 6 der Verfassung Nr. 1.
Der vorliegende Befehl annulliert und ersetzt
den Nr. 1587/21. D vom 19. 1. 21.

Wiesbaden, den 11. Juli 1921.
gez. Degoutte.

Wird zur genauesten Beachtung bekannt ge-
macht und die Ortspolizeibehörden ersucht, die Be-
wachen in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen.
Wiesbaden, den 18. Juli 1921.
Der Landrat. J. B. Bieker.

Nr. 383.

Es ist hier bekannt geworden, daß von einzel-
nen Polizeiverwaltungen den Invaliden- und Un-
vollkommenenempfängern aufgegeben wird, sich die Ren-
tenquittungsformulare selbst zu beschaffen und daß
diese in den Druckereien für das Stück 3 Pfennig be-
zahlen müssen.

Dieses Verfahren ist unzulässig. Ich weise daher
die Polizeiverwaltungen an, einen angemessenen
Vorrat an Quittungsformularen von der Verlei-
hungsanstalt Hessen-Kassau in Cassel zu beziehen
und hiervon etwa den halbjährigen Bedarf den Ren-
tenempfängern unentgeltlich abzugeben.

Wiesbaden, den 12. August 1909.

Der königliche Landrat, gez. v. Heimbürg.

Wird wiederholt veröffentlicht.
Wiesbaden, den 15. Juli 1921.
Der Landrat. J. B. Bieker.

Nr. 384.

Der Auktionator Emil Wintermeyer in Sonnen-
berg ist vom Herrn Regierungspräsidenten in Wies-
baden als Versteigerer für den Stadt- und Land-
kreis Wiesbaden auf Widerruf öffentlich angestellt
worden.

Wiesbaden, den 19. Juli 1921.

Der Landrat. J. B. (gez.) Bieker.

Nichtamthlicher Teil.

Tages-Rundschau

Das neue Fernsprechtariffgesetz.

Berlin, 20. Juli. Im Reichsgesetzblatt wird
das neue Fernsprechtariffgesetz veröffentlicht. Es
tritt am 1. Oktober in Kraft. Jeder Teilnehmer darf
seinen Anschluß bis zum 1. September zum 30. Sep-
tember kündigen. Für jeden Fernsprechtariff
werden eine Einrichtungsgebühr, eine Grundgebühr
und eine Ortsangehörigkeitsgebühr erhoben. Danach
wird die Einrichtungsgebühr als einmaliger Zuschuß
von 1000 Mark für den Hauptanschluß und 250 Mark
für den Nebenanschluß für die Einrichtung der Teil-
nehmerstellen gerechnet. Die Grundgebühr ist
die Vergütung für die Ueberleitung und Unterhal-
tung der Apparate, sowie für den Bau und die In-
standhaltung der Anschlußleitung. Sie beträgt in
Plätzen mit nicht mehr als 50 Anschlüssen 380 Mark,
und erreicht in Berlin mit 100 000 Ortsanschlüssen
den Betrag von 750 Mark. Dazu kommt noch die
Gesprächsgebühr für die Herstellung der Gesprächs-
verbindung im Ortsverkehr mit 25 Pfennig für je-
den Gespräch. 40 Gespräche sind auf alle Fälle im
Monat zu bezahlen. Für die fälligen Verbindungen
werden in Ortsnetzen mit nicht mehr als 1000 An-
schlüssen 3 Proz., bis 10 000 Anschlüssen 4 Proz.,
und darüber 5 Proz. abgerechnet.

Berminderung der deutschen Reparations- summe?

Paris, 20. Juli. Die „Chicago Tribune“
meldet: Internationale Juristen gelangten zu dem
Schluß, daß die in London festgesetzte deutsche Re-
parationssumme von 132 Milliarden
Mark die Gesamtentschädigung dar-
stelle, die die Alliierten von sämtlichen damals feind-
lichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein,
zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt
von allen alliierten Juristen geteilt werde, gründe
sich auf den Artikel 231 des Versailler Vertrages.
Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten
Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen
würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Be-
träge Deutschland zu erlassen seien. Ueber die
Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei
noch nichts bestimmt worden. Es könne sich aber
nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages
handeln.

Der Reichskanzler im Rheinland. Reichs-
minister Bauer ist am Mittwoch in Coblenz einge-
troffen. Bei einer Besprechung mit dem Oberbür-
germeister erwiderte Reichskanzlerminister Bauer,
er habe volles Verständnis für die Leiden der rhein-
ländischen Lande und werde das in Berlin zum
Ausdruck bringen, könne aber nicht versprechen, daß
alle Wünsche in Erfüllung gehen; denn die geistliche
Lage des Reiches lasse das nicht zu. Was getan
werden könne, werde entschieden. Vorläufig bleibe
nichts anderes übrig, als die Forderungen des Ulti-
matums zu erfüllen und auf bessere Zeiten zu hoffen.
Jedenfalls werde die Reichsregierung den besetzten
Gebieten ihre besondere Fürsorge zuwenden.

Neue Erklärungen des Reichskanzlers.

Washington. Ueber die Lage, in der sich
die deutsche Regierung infolge der Fortdauer der
Sanktionen und der Haltung Briand in der ober-
schlesischen Frage befindet, hat Reichskanzler
Berliner Vertreter der „United Press“ be-
merkenswerte Erklärungen gemacht, über die der
Korrespondent folgendes berichtet:

Der Reichskanzler hat klar erkennen lassen, daß
sein Finanzprogramm gefährdet und der Zerfall in
Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in
der Frage Oberschlesiens und der Aufhebung der
Sanktionen mit leeren Händen komme. Diese Lage
sei dem englischen Gesandten dargelegt worden.
Daher sagte er: Dies ist nicht eine Drohung oder
ein Druck auf den Verband, sondern die genaue
Lage, mit welcher der Verband rechnen muß. Die
Aufhebung der Sanktionen über Oberschlesien
und die Aufhebung der Sanktionen hemmen unsere
Anstrengungen sehr. Das freundliche Echo, das
unsere Politik bei ihrem Beginn in der Welt, Frank-
reich eingeschlossen, fand, überzeugte uns, daß wir
auf dem richtigen Pfad seien. Um so mehr war die
neue scharfe Note Briand über Oberschlesien für
mich ein Schlag ins Gesicht, und ich frage mich, ob
Frankreich wirklich wünscht, zu einer Verständigung
mit uns zu kommen. Ich muß mich daher fragen,
ob ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann,
dieses Herbst vor dem Reichstag zu erscheinen und
diesem zu sagen: Ich habe Ihnen die Tatsachen vergeb-
lich geäuert und bringe nichts, was ich Ihnen als
einen Ausgleich dafür zeigen kann. Ich möchte auf
meine eigene Frage antworten, daß ich das nicht
kann. Der Reichstag würde das Finanzprogramm
niemals genehmigen, und ohne dieses ist das Ka-
binett nicht lebensfähig. Ich über-
nehme die Reichskanzlerschaft nicht der bloßen Ehre
dieser Stellung wegen oder etwa, damit ein bedeu-

tungsfähiges Ja an das Ultimatum geknüpft würde.
Ich bilde die Regierung, um das Ultimatum ehr-
lich zu erfüllen; unsere Aufregung ist durch die
Tat bewiesen. Wir haben die verlangte Summe
lange vor den festgesetzten Daten erlegt, und wir
sind überzeugt, daß die erste Milliarde mit Unter-
stützung der Banken bis Ende August bezahlt sein
wird. Wir erfüllen auch prompt die zweite Forde-
rung des Verbandes, die Entlassung. Wir ent-
lassen die öffentlichen Beamten, lösen die Selbst-
schutzorganisationen auf und sind heute ein Volk
ohne Waffen. Wir sind weiter gewillt, Frankreich
auf jedem von ihm gewünschten Wege wieder auf-
zubauen. Es kann keine eigene Rechnung schreiben.
Wir wünschen endlich eine freundschaftliche Ver-
ständigung mit Frankreich. Das sind keine bloßen
Worte, sondern unsere wirklichen Gefühle, da
Nebelwolken beiden Ländern schaden und den Welt-
frieden verhindern. Das ist kein eigenartiges In-
teresse, sondern das Interesse der Welt und berührt
Frankreich, Amerika und jedermann in der Welt,
die Ruhe braucht und die Möglichkeit zu schaffen.
Der Reichskanzler erwähnte bei dieser Gelegen-
heit auch häufig den guten Fortschritt des Finanz-
programms, das nunmehr fast vollendet sei.

Das Defizit bei der Eisenbahn.

Der Haushaltsantrag für die Reichsbahn der
Eisenbahnen für 1921 auf etwa 6 1/2 Milliarden ge-
schätzt. Die inzwischen durchgeführte Erhöhung der
Kohlenpreise muß ihn um eine Anzahl von Hunder-
ten von Millionen erhöhen. Eine bestimmte Steuer-
erhöhung über das finanzielle Ergebnis des Haushalts-
jahres abzugeben, ist jetzt, nachdem erst drei Monate
des Jahres verstrichen sind, kein Sachverständiger im-
stande. Das Ergebnis wird von der Gestaltung der
politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ent-
scheidend beeinflusst. Jedenfalls ist aber bestimmt zu er-
warten, daß der Defizitbetrag des Jahres
1921 ganz wesentlich hinter dem von
1920 zurückbleiben wird, ein Er-
gebnis, das in erster Linie auf die
Tarifierhöhungen zurückzuführen ist.

Oberschlesien.

Eine neue Note Frankreichs bezüglich des deutschen Selbstschutzes.

Berlin, 21. Juli. In Kürze soll in der
Frage des ober-schlesischen Selbstschutzes ein neuer
Schritt der französischen Regierung in Berlin be-
vorstehen. Gestützt auf weitere Berichte des Ge-
nerals Berand und die Ergebnisse französischer
Spionagefahrten wird Frankreich nochmals
energische Maßnahmen zur Entwaffnung und Auf-
lösung der angeblich noch immer in Mittelschlesien
bestehenden deutschen Selbstschutzverbände fordern.
Die französische Regierung behauptet, ein genaues
Verzeichnis über die Bewaffnung der deutschen
Selbstschutzverbände vor der Räumung zu besitzen,
die in keiner Weise mit der Zahl der abgelieferten
Waffen übereinstimme.

Berlin. Wie verlautet, sollen sich die fran-
zösischen Verstärkungen, die nach Ober-
schlesien entsandt werden sollen, auf 10 000 Mann
beschränken. Man rechnet damit, daß der Transport
ungefähr drei Wochen in Anspruch nehmen wird.

Paris, 20. Juli. Nach einer Havas-
meldung haben die drei interalliierten Oberkom-
missare in einer gemeinsamen Note an den Bot-
schafter in Berlin die doppelte Notwendigkeit hinge-
wiesen: 1. Verstärkungen nach Oberschlesien zu
schicken, um die Lage sowohl gegenüber den Polen
wie den Deutschen zu sichern; 2. so schnell wie mög-
lich die Entscheidung über die Teilung des Abstim-
mungsgebietes zu treffen.

Berlin. Wie die Blätter von unterrichteter
Seite erfahren, treffen die Presse-meldungen über
eine Unterstufung des französischen Schrittes in der
ober-schlesischen Frage durch den italienischen Bot-
schafter in Berlin nicht zu. Weder der italienische
noch der englische Botschafter schlossen sich dem
Proteste ihres französischen Kollegen an.

London, 21. Juli. Reuters erfährt, daß
gestern von Sir Harold Stuart Telegramme einge-
gangen seien, in denen festgestellt werde, daß die
allgemeine Meinung der alliierten Kommissare da-
hin gehe, daß jeder weitere Aufschub der Regelung
in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen
würde. Die Kommissare drängten auf baldige Ent-
scheidung und regten eine sofortige Teilung zwischen
Deutschland und Polen an, sowie die Befestigung der
beiden Gebiete durch deutsche und polnische reguläre
Truppen. Die Kommissare seien überzeugt, daß,
wenn einmal eine endgültige Entscheidung erfolgt sei,
das Volk sich beruhigen würde. — Lord Curzon übt
nach einer weiteren Reuters-Meldung einen scharfen
Druck auf den französischen Botschafter aus, da es
unmöglich sei, die gegenwärtige Verzögerung weiter
fortzusetzen. Es habe immer geheißen, daß Frank-
reich nach dem 15. Juli für die Teilnahme an der
Konferenz frei sein werde. Es werde nunmehr vor-
geschlagen, daß die Zusammenkunft des Obersten
Rates am oder nach dem 28. Juli in Boulogne
stattfinde. Der gegenwärtige Augenblick sei günstig,
da die ober-schlesische Bevölkerung mit der Einbrin-

gung der Ernte beschäftigt sei und das Land daher
vollkommen ruhig sei.

Der Bericht einer amerikanischen Augen- zeugin.

Berlin. Die bekannte Amerikanerin Miss
Ethel Beveridge sprach Montagabend in der Phil-
harmonie vor einer großen Versammlung über
die Verhältnisse und Vorgänge in
Oberschlesien. Ihre Schilderungen waren er-
schütternd. Sie sagte, daß man in Deutschland das
ganze Gesicht Oberschlesiens noch gar nicht kenne, daß
die deutsche Presse von den entsetzlichen politischen
Gerechtigkeiten noch immer zu wenig bringe. Auf
langen Studiengängen und Beobachtungsfahrten
habe sie tiefe Einblicke in Land, Leute und Verhält-
nisse erhalten. Es sei nunmehr die höchste Zeit, daß
wieder fair plan gespielt werde. Sie sei überzeugt,
wenn die Wahrheit überhaupt gehört würde, so
würde alle Welt zugeben müssen, daß Ober-
schlesien allein durch deutsche Kultur
ausgeworden sei, was es heute ist, daß das
industrielle Oberschlesien deutsch sei, deutsch bleiben
müsse. Sie habe sogar, so sagte sie weiter, den Krieg
mitgemacht, aber sie habe dabei nicht annähernd so
Brauchbares erlebt wie jetzt in Oberschlesien. Die
von ihr angeführten Beispiele der vichischen
Grausamkeiten der Polen sind kaum wieder-
zugeben.

Der Wiederaufbau der Hapag.

Hamburg, 21. Juli. Vom September ab
wird die Hamburg-Amerika-Linie wieder mit eigenen
Dampfern für Südamerika versehen sein. In die-
sem Monat wird die auf der Werft des Bremer Vulkan
im Bau befindliche „Bapern“, ein 12 000 Ton-
nen-Schiff, und der auf der hiesigen Werft im Bau
befindliche frühere Schnelldampfer „Deutschland“
unter dem Namen „Hansa“ in die Route Hamburg-
New York eingestellt werden und im November
wird ein Schwesterschiff der „Bapern“, die eben-
falls auf der Bremer Vulkanwerft im Bau befind-
liche „Warttemberg“, folgen. Den bisherigen Fracht-
und Passagierdienst Hamburg-New York tätigen
Dampfer der United American Line. Zum ersten-
mal nach dem Kriege hat die Hapag jetzt auch wie-
der einen eigenen allgemeinen Fahrplan herausge-
geben. Der Fahrplan soll künftig monatlich erschei-
nen.

Frankreich

Callaux über Europas Sanierung.

Paris. In „Progres Cloique“, einer wöchent-
lichen Zeitschrift für politische Kritik und soziale
Verbesserung, hat Joseph Callaux (eben eine
lange Studie der jetzigen Lage beendet. Seine
Schlußfolgerung ist, daß der einzige Ausweg aus der
jetzigen Lage, wenn man nichts von einem allge-
meinen Konflikt oder von einer Kapitulation
Europas vor den Vereinigten Staaten will, der
ist, die Kriegsschuld zu internationalisieren,
verbunden mit dem Plane einer raschen Amortisa-
tion. Die Mittel für diese Amortisation würden
eine Vorausnahme aus dem Kapital entnommen,
und Callaux schlägt vor, diese Vorausnahme auf
dem Wege einer allgemeinen Erbschafts-
steuer auszuführen. Europa, so meint Callaux,
ist heute von den neuen Reichen, die in allen Län-
dern aus dem Kriege fantastische Gewinne gezogen
haben, zum Abgrunde geführt. Mit dieser Auto-
kratie soll ein Ende gemacht werden und aus diesem
Kapital sollte man die Mittel nehmen, die Kriegs-
schuld zu bezahlen.

Der Krieg in Kleinasien.

Paris, 20. Juli. Nach einer Havas-
meldung aus Athen bringt die dortige Presse aus
autorisierter Quelle Einzelheiten über die
Einnahme von Kutahia. Die Schlacht habe
vier Tage gedauert und der Widerstand des Fein-
des sei erbittert gewesen. Die Verluste der Türken
an Menschen und Material seien noch nicht abge-
schätzt, doch verlautet aus privater Quelle, daß die
Zahl der Gefangenen sich auf 30 000 belaufe.

Kleine Mitteilungen.

Münster, 21. Juli. Laut Westfälischer Mer-
kur ist Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. H. H. H. H.
(Zentrum) in Bad Nauheim nach längerer Krankheit
im 71. Lebensjahre gestorben.

Der schärfste deutsche Kreuzer „Frankfurt“ ist
nicht mehr. Er wurde von amerikanischen Flug-
zeugen durch Bombenwürfe versenkt. Es wurden
78 Bomben, geworfen, von denen 12 Treffer waren.
Aber infolge geringer Aufträge ist die wirt-
schaftliche Lage der dortigen Werften sehr ungün-
stig. Die deutschen Werke und die Germaniawerft
müssen Arbeiterentlassungen vornehmen und Feier-
lichkeiten einführen. Auch bei den Homaldiswerken
ist mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen.

Paris. Wie verlautet, sind jetzt 10 000 Holz-
häuser bestellt worden, die noch in diesem Jahre
aufgestellt werden müssen. Die Häuser werden aus
Balken hergestellt. Die Häuser kosten 15
Prozent weniger als Backsteinhäuser.

München. Der 63jährige Reichstagsabgeord-
nete General v. Schöck hat an der Universität
München sein Doktorat in der Philosophie ge-
macht.

Abschieden von Camaret, seinen Tod, den von seiner Gattin Herzogin, die Taten der Artillerie, Camaret und Vortitel und die Ereignisse in Breslau. Die Abhandlung Wagners vom Diktat gab ihm Anlaß zu ausführlichen Betrachtungen, die er mit bemerkenswerther Schärfe bearbeitete. Erst bei Morgengrauen zog sich der Kaiser in sein Schlafgemach zurück und las die mit dem Namen Kammerdiener sein Bild. Eine Photographie aus den Tagen der verjüngten Herrschaft mit

